

D. 2001 — 1462

[C — 2001/33035]

**2. MÄRZ 2001 — Erlass der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft
über die Anerkennung und die Bezuschussung von juristischen Personen,
die Jugendliche stationär oder ambulant betreuen**

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, abgeändert durch die Gesetze vom 6. Juli 1990, 18. Juli 1990, 5. Mai 1993 und 16. Juli 1993;

Aufgrund des Gesetzes vom 8. April 1965 über den Jugendschutz, zuletzt abgeändert durch das Gesetz vom 27. April 1999;

Aufgrund des Dekretes vom 20. März 1995 über die Jugendhilfe, insbesondere der Artikel 32, 32bis und 37, abgeändert durch das Dekret vom 20. Mai 1997;

Aufgrund des Einverständnisses des Minister-Präsidenten, zuständig für den Haushalt vom 11. Januar 2001;

Aufgrund des günstigen Gutachtens der Finanzinspektion vom 23. Februar 2001;

In Erwägung des Gutachtens des Jugendhilferates;

Aufgrund der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973, insbesondere des Artikels 3, § 1, abgeändert durch das Gesetz vom 4. Juli 1989;

Aufgrund der Dringlichkeit;

Aufgrund der Tatsache, dass ein bestehender Geschäftsführungsvertrag am 31. Dezember 2000 ausläuft und dass vorliegender Erlass einige wichtige Abänderungen in bezug auf die Arbeitsweise und Funktion der Einrichtungen beinhaltet, duldet die Verabschiedung des vorliegenden Erlasses keinen Aufschub;

Auf Vorschlag des für die Jugendhilfe zuständigen Ministers;

Nach Beratung,

Beschließt:

KAPITEL I. — Allgemeines

Artikel 1 - § 1. Vorliegender Erlass regelt die Anerkennung und den Zuschuss für juristische Personen, im folgenden Einrichtungen genannt, die sich zur stationären und ambulanten Betreuung von Jugendlichen aufgrund des Gesetzes vom 8. April 1965 über den Jugendschutz und des Dekretes vom 20. März 1995 über die Jugendhilfe, bereit erklären.

§ 2. Für die Anwendung des vorliegenden Erlasses versteht man unter :

1° Jugendlicher : der in Artikel 1, 1° des Dekretes vom 20. März 1995 über die Jugendhilfe definierte Jugendliche;

2° der Minister : der für Jugendhilfe zuständige Minister der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

3° das Ministerium : die für Jugendhilfe zuständige Abteilung des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

4° Geschäftsführungsvertrag : der in Anwendung von Artikel 32 des Dekretes abgeschlossene Vertrag zwischen der Regierung und einer Einrichtung.»

KAPITEL II. — Anerkennung

Art. 2 - Um anerkannt zu werden, muss eine Einrichtung den Bestimmungen des vorliegenden Kapitels entsprechen.

Art. 3 - § 1. Aufgabe einer Einrichtung ist es, Jugendliche aufzunehmen, zu beobachten und zu erziehen. Außerdem kann sie mit der Betreuung von Jugendlichen, die in ihrer Familie oder selbständig unter Aufsicht wohnen, beauftragt werden.

Die Pädagogik der Einrichtung ist auf die Entfaltung, die Eigenverantwortlichkeit und die gesellschaftliche Integration der Jugendlichen auszurichten.

§ 2. Die Einrichtungen reichen ein ausführliches pädagogisches Konzept bei der Regierung ein, das unter anderem detailliert die Zielsetzung und Methodik, die Aufnahmekriterien, die Infrastruktur, die Besuchsregelung, die Funktionsbeschreibung des Personals und die Zusammenarbeit mit anderen Institutionen beinhaltet.

Art. 4 - § 1. Die Aufnahmekapazität der Einrichtung wird wie folgt berechnet :

- jeder stationär untergebrachte Jugendliche zählt als eine Einheit;

- jede ambulante Begleitung wird nach einem im Geschäftsführungsvertrag festgelegten Schlüssel berechnet.

§ 2. Die Einrichtung muss über eine Aufnahmekapazität von mindestens 27 Einheiten verfügen.

§ 3. Die Aufnahme von Jugendlichen erfolgt im Rahmen der im Geschäftsführungsvertrag festgelegten Aufnahmekriterien.

Wenn insgesamt 36 Einheiten erreicht sind, informiert die Einrichtung das Ministerium umgehend.

§ 4. Jede Aufnahme eines Jugendlichen muss dem Ministerium innerhalb von fünf Arbeitstagen mitgeteilt werden.

Die Beendigung einer Unterbringung muss dem Ministerium innerhalb von drei Arbeitstagen nach dem Verlassen der Einrichtung mitgeteilt werden.

§ 5. Die Einrichtung muss der Unterbringungsinstanz jährlich und auf Anfrage jederzeit einen Bericht über die Entwicklung des Jugendlichen, über dessen Kontakte mit seiner Familie sowie eine Einschätzung über den weiteren Verlauf der Unterbringung übermitteln.

Art. 5 - § 1. Der minimale Personalbestand entspricht im Jahresdurchschnitt jeweils 22 Vollzeitbeschäftigten bei einer Aufnahmekapazität von 36 Einheiten und 16 Vollzeitbeschäftigten bei einer Aufnahmekapazität von 27 Einheiten. Der minimale Personalbestand muss folgende Funktionen umfassen :

1. Bei einer Aufnahmekapazität von 36 Einheiten :

Direktionspersonal : 1 Direktor

Verwaltungspersonal : 1 Sachbearbeiter

Unterhaltungspersonal : 1 Fachkraft

Erziehungspersonal : 19 Erzieher

2. Bei einer Aufnahmekapazität von 27 Einheiten :

Direktionspersonal : 1 Direktor

Verwaltungspersonal : 1 Sachbearbeiter

Unterhaltungspersonal : 1 Fachkraft

Erziehungspersonal : 13 Erzieher

§ 2. Das Personal muss folgende Qualifikationen haben :

- Direktor : Diplom des Universitätsunterrichts oder des höheren Unterrichts (Graduat) oder des ihm gleichgestellten Unterrichts und eine für diese Funktion als nützlich erachtete Erfahrung von mindestens 3 Jahren;

- Sachbearbeiter : Diplom der Oberstufe des Sekundarunterrichts;

- Fachkraft : Diplom der Unterstufe des beruflichen Unterrichts;

- Erzieher : mindestens die Hälfte des Erziehungspersonals muss das Diplom des höheren pädagogischen oder sozialen Hochschulunterrichts des kurzen Typs (Graduat) besitzen. Höchstens 1/4 des Erziehungspersonals darf das Diplom einer Familienhelferin besitzen. Das übrige Erziehungspersonal muss ein Abschlusssdiplom für Studien mit pädagogischer oder sozialer Orientierung, das zumindest der Oberstufe des Sekundarunterrichts entspricht, vorweisen.

§ 3. Die Familienhelferinnen können erzieherische Aufgaben nur unter der Anweisung eines Erziehers, der über ein Diplom des höheren pädagogischen oder sozialen Unterrichtes des kurzen Typs (Graduat) verfügt, wahrnehmen.

§ 4. Im Hinblick auf ihre erzieherische Aufgabe muss die Einrichtung ein jährliches Stundenkapital von 20 Stunden pro vollzeitbeschäftigtem Erzieher für Weiterbildungen verwenden.

Die Einrichtung reicht jährlich im ersten Trimester eine Auflistung der Weiterbildungen, an denen die in Absatz 1 erwähnten Beschäftigten im vergangenen Jahr teilgenommen haben, beim Ministerium ein

§ 5. Der Minister kann im Dringlichkeitsfall eine Sondergenehmigung für einen jeweils erneuerbaren Zeitraum von einem Jahr zur Einstellung von Personalmitgliedern, die die in § 2 erwähnten Qualifikationen nicht vorweisen können, erteilen.

Art. 6 - § 1. Die Einrichtung richtet einen Antrag auf Anerkennung an das Ministerium mit folgenden Unterlagen :

1. Die Identität des Antragstellers;

2. Die Identität und Qualifikation des Personals sowie die anwendbaren Gehaltstabellen;

3. Das in Artikel 3 § 2 des vorliegenden Erlasses erwähnte pädagogische Konzept;

§ 2. Die Regierung entscheidet über die Anerkennung innerhalb von zwei Monaten nach Eingang des vollständigen Antrags. Wenn der Einrichtung innerhalb der vorgesehenen Frist kein Beschluss zugestellt wurde, gilt die Anerkennung als erteilt.

§ 3. Der Antrag auf Verlängerung der Anerkennung ist frühestens sechs Monate und spätestens drei Monate vor Ablauf der Gültigkeit der Anerkennung einzureichen. Er enthält die in § 1 vorgesehenen Unterlagen, insofern Änderungen eingetreten sind.

Die Regierung entscheidet über die Verlängerung innerhalb von zwei Monaten nach Eingang des vollständigen Antrags. Wenn der Einrichtung innerhalb der vorgesehenen Frist kein Beschluss zugestellt wurde, gilt die Anerkennung als verlängert für einen erneuerbaren Zeitraum von 3 Jahren.

Der Abschluss eines Geschäftsführungsvertrags gilt als Anerkennung bzw. Verlängerung der Anerkennung.

KAPITEL III. — *Zuschuss*

Art. 7 - § 1. Der Zuschuss besteht aus :

- einer jährlichen Subvention,

- einem pauschalen Tagessatz pro untergebrachtem Jugendlichen

- eventuell im Geschäftsführungsvertrag festgelegten zusätzlichen Vorteilen.

Sonderauslagen werden gemäß Artikel 11 rückvergütet.

§ 2. Unbeschadet der Bestimmungen des vorliegenden Erlasses werden die weiteren Modalitäten der Bezuschussung in einem Geschäftsführungsvertrag festgelegt.

Art. 8 - Die jährliche Subvention, wird um 90 % des Betrages verringert, den eine Einrichtung von öffentlichen Behörden oder von Einrichtungen, die von diesen Behörden subventioniert werden, erhält. Diese Beträge werden nur in Abzug gebracht, insofern sie zur Deckung von Ausgaben gewährt werden, die für die Berechnung der von der Deutschsprachigen Gemeinschaft gewährten Zuschüsse in Betracht kommen.

Art. 9 - Für die Bezuschussung wird ein maximaler Personalbestand berücksichtigt, der 25 Vollzeitbeschäftigten bei einer Aufnahmekapazität von 36 Einheiten und 19 Vollzeitbeschäftigten bei einer Aufnahmekapazität von 27 Einheiten entspricht.

Auf begründeten Antrag kann der Minister der Einrichtung erlauben, den maximalen Personalbestand, der für die Berechnung des Zuschusses berücksichtigt wird, zu überschreiten. Die im Geschäftsführungsvertrag festgelegte jährliche Subvention darf dadurch jedoch nicht überschritten werden, es sei denn, die Aufnahmekapazität von 36 Einheiten würde durch Notaufnahmen überschritten.

Art. 10 - Bei Ablehnung von Jugendlichen entgegen der im Geschäftsführungsvertrag festgelegten Aufnahmekriterien kann die Bezuschussung anteilhaft reduziert werden.

Art. 11 - § 1. Sonderauslagen, die die Einrichtung für Jugendliche getätigt hat, werden rückvergütet, wenn eine Rechnung oder ein anderer gültiger Beleg vorliegt.

§ 2. Sonderauslagen von mehr als 25 000 BEF (619,73 Euro) pro Person müssen vorab vom Minister genehmigt werden, außer Ausgaben für :

- Zahnbehandlungen, die innerhalb eines Monats nach einer neuen Unterbringung begonnen wurden, mit einem Maximum von 50 000 BEF (1 239,47 €) pro Jahr;

- Nachhilfestunden mit einem Maximum von 60 000 BEF (1 487,36 €) pro Jahr;

- ambulant betreute Familien mit einem Maximum von 50 000 BEF (1 239,47 €) pro Jahr, wobei mit den betroffenen Familien abzuwägen ist, ob die Rückerstattung dieser Kosten beim zuständigen öffentlichen Sozialhilfzentrum beantragt werden soll.

Die Einrichtung trägt diese Ausgaben und legt dem Ministerium am Jahresende eine Abrechnung mit entsprechenden Belegen vor.

§ 4. Mit Ausnahme der vom Arzt verordneten Medikamente werden Ausgaben für die außerordentliche Gesundheitspflege nur in Höhe der Beträge erstattet, die gemäß den gesetzlichen und ordnungsgemäßen Vorschriften bezüglich der Kranken- und Invalidenversicherung festgelegt sind.

Unter außerordentliche Gesundheitspflege ist eine Behandlung zu verstehen, die nicht durch einen Allgemeinmediziner oder einen Kinderarzt erfolgen kann, außer den regelmäßigen Zahnkontrollen und -behandlungen.

§ 5. Die Kosten für Klinikaufenthalte werden bis zur Höhe des Preises für einen Aufenthalt in einem Mehrbettzimmer rückerstattet.

Art. 12 - Die Erstattung von Sonderauslagen kann zurückgefordert werden, wenn :

1. eine natürliche oder juristische Person entweder gesetzlich oder vertraglich oder aufgrund eines rechtskräftigen Urteils verpflichtet ist, diese Kosten zurückzuerstatten.

2. die entstandenen Sonderauslagen, die Folgen eines Fehlers, einer Nachlässigkeit oder einer Unvorsichtigkeit eines Personalmitgliedes der Einrichtung, der bzw. die durch ein rechtskräftiges Urteil festgestellt wurde, sind.

Art. 13 - In Ausnahmefällen und auf begründeten Antrag der Einrichtung kann der Minister hier nicht vorgesehene Sonderausgaben rückerstatten.

Art. 14 - § 1. Die Einrichtung muss dem Ministerium spätestens am 1. Juni nach Abschluss des Rechnungsjahres die sich auf das vorige Rechnungsjahr beziehende Abrechnung vorlegen. Aufgrund dieser Abrechnung erfolgt die Berechnung des effektiven jährlichen Zuschusses.

§ 2. Die Einrichtung legt jedes Jahr den Haushaltsplan der Ausgaben und der Einnahmen für das folgende Rechnungsjahr fest. Dem Haushaltsplan ist eine Notiz über die allgemeine Politik beizufügen.

Diese Haushaltspläne sind dem Ministerium vor dem 1. November des Jahres, das dem Rechnungsjahr vorangeht, vorzulegen.

§ 3. Auszüge aus den Büchern über jede Art von Geschäftsvorgängen im Rahmen des bewilligten Zuschusses können im Bedarfsfall jederzeit beantragt werden.

Die Bücher und Originalbelege können jederzeit vor Ort durch Beauftragte des Ministeriums oder des Rechnungshofes überprüft werden.

KAPITEL IV. — *Sonderbestimmungen*

Art. 15 - Unbeschadet der Anwendung von Artikel 27 § 3 des Dekretes vom 20. März 1995 über die Jugendhilfe und der Anwendung von innerbelgischen oder internationalen Kooperationsabkommen dürfen die Einrichtungen ohne ausdrückliche Genehmigung des Ministers keinen Jugendlichen auf Beschluss einer Behörde, die ihren Sitz außerhalb der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat, aufnehmen.

Art. 16 - Unbeschadet anderslautender innerbelgischer oder internationaler Kooperationsabkommen stellt die Einrichtung die Kosten der Unterbringung, die auf Beschluss einer Behörde, die ihren Sitz außerhalb des Gebietes deutscher Sprache hat, veranlasst wurde, dieser Behörde in Rechnung.

Art. 17 - Unbeschadet anderslautender innerbelgischer oder internationaler Kooperationsabkommen wird bei der Unterbringung von Jugendlichen im Sinne von Artikel 1 außerhalb der Deutschsprachigen Gemeinschaft die Tagessubvention nach dem für die Aufnahmeeinrichtung geltenden Satz berechnet.

KAPITEL V. — *Übergangs-, Aufhebungs- und Schlussbestimmungen*

Art. 18 - Die Qualifikationen der vor Inkrafttreten vorliegenden Erlasses in den betreffenden Einrichtungen beschäftigten Personalmitglieder gelten als den im Artikel 5 erwähnten Qualifikationen entsprechend.

Art. 19 - Der Erlass der Regierung vom 9. Januar 1998 über die Anerkennung und den Zuschuss für juristische Personen, die sich zur stationären oder ambulanten Betreuung von Jugendlichen bereit erklären, ist aufgehoben.

Art. 20 - Vorliegender Erlass tritt am 1. Januar 2001 in Kraft.

Art. 21 - Der für Jugendhilfe zuständige Minister ist mit der Ausführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.
Eupen, den 2. März 2001

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft:

Der Minister-Präsident, Minister für Beschäftigung, Behindertenpolitik, Medien und Sport,
K.-H. LAMBERTZ

Der Minister für Jugend und Familie, Denkmalschutz, Gesundheit, und Soziales,
H. NIESSEN

TRADUCTION

F. 2001 — 1462

[C — 2001/33035]

**2 MARS 2001. — Arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone
relatif à l'agrément et au subventionnement de personnes morales
qui assurent la guidance résidentielle et ambulatoire de jeunes**

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, modifiée par les lois des 6 juillet 1990, 18 juillet 1990, 5 mai 1993 et 16 juillet 1993;

Vu la loi du 8 avril 1965 relative à la protection de la jeunesse, modifiée en dernier lieu par la loi du 27 avril 1999;

Vu le décret du 20 mars 1995 relatif à l'aide à la jeunesse, notamment les articles 32, 32bis et 37, modifiés par le décret du 20 mai 1997;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget, donné le 11 janvier 2001;

Vu l'avis favorable de l'Inspection des Finances, donné le 23 février 2001;

Vu l'avis émis par le Conseil de l'Aide à la Jeunesse;

Vu les lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973, notamment l'article 3, § 1, modifié par la loi du 4 juillet 1989;

Vu l'urgence;

Attendu que l'adoption du présent arrêté ne souffre aucun délai étant donné que le contrat de gestion existant expire au 31 décembre 2000 et que le présent arrêté contient d'importantes modifications en ce qui concerne le fonctionnement et la fonction des institutions;

Sur la proposition du Ministre compétent en Matière d'Aide à la Jeunesse;

Après délibération,

Arrête :

CHAPITRE I^{er}. — *Généralités*

Article 1^{er}. § 1. Le présent arrêté règle l'agrément et le subventionnement des personnes morales, appelées ci-après institutions, s'offrant à assurer la guidance résidentielle et ambulatoire de jeunes en vertu de la loi du 8 avril 1965 relative à la protection de la jeunesse et du décret du 20 mars 1995 relatif à l'aide à la jeunesse.

§ 2. Pour l'application du présent arrêté, l'on entend par :

1° jeune : le jeune tel que défini à l'article 1, 1°, du décret du 20 mars 1995 relatif à l'aide à la jeunesse;

2° ministre : le ministre de la Communauté germanophone compétent en matière d'aide à la jeunesse;

3° Ministère : la division du Ministère de la Communauté germanophone compétente en matière d'aide à la jeunesse;

4° contrat de gestion : le contrat conclu entre le Gouvernement et une institution en application de l'article 32 du décret.

CHAPITRE II. — *Agrément*

Art. 2. Pour être agréée, une institution doit répondre aux dispositions du présent chapitre.

Art. 3. § 1^{er}. La mission d'une institution consiste à accueillir, observer et éduquer des jeunes. En outre l'institution peut se voir confier la guidance de jeunes vivant dans leur famille ou de façon autonome mais sous surveillance.

La pédagogie de l'institution doit être orientée vers l'épanouissement, l'autonomie et l'intégration sociale des jeunes.

§ 2. Les institutions présentent au Gouvernement un concept pédagogique contenant entre autres, de manière détaillée, l'objectif et la méthode, les critères d'accueil, l'infrastructure, la réglementation des visites, la description des fonctions du personnel et la collaboration avec d'autres institutions.

Art. 4. § 1^{er}. La capacité d'accueil d'une institution est calculée comme suit :

- chaque jeune placé en guidance résidentielle compte pour une unité;

- chaque guidance ambulatoire est calculée d'après une clé fixée dans le contrat de gestion.

§ 2. L'institution doit disposer d'une capacité d'accueil d'au moins 27 unités.

§ 3. L'accueil de jeunes s'effectue selon les critères d'accueil établis dans le contrat de gestion.

Si, au total, le nombre de 36 unités est atteint, l'institution en informe immédiatement le Ministère.

§ 4. Tout accueil d'un jeune doit être communiqué au Ministère dans un délai de cinq jours ouvrables suivant le départ du jeune.

La fin d'un accueil doit être communiquée au Ministère dans un délai de trois jours ouvrables.

§ 5. L'institution est tenue de transmettre à l'instance de placement, chaque année ainsi qu'à chacune de ses demandes, un rapport relatif à l'épanouissement du jeune, à ses contacts avec sa famille ainsi qu'une estimation quant à la manière dont l'accueil du jeune va se poursuivre.

Art. 5. § 1^{er}. L'effectif minimal correspond en moyenne annuelle à 22 emplois à temps plein pour une capacité d'accueil de 36 unités et 16 emplois à temps plein pour une capacité d'accueil de 27 unités. L'effectif minimal doit comprendre les fonctions suivantes :

1° Pour une capacité d'accueil de 36 unités :

Personnel de direction : 1 directeur

Personnel administratif : 1 rédacteur

Personnel d'entretien : 1 ouvrier spécialiste

Personnel éducatif : 19 éducateurs

2° Pour une capacité d'accueil de 27 unités :

Personnel de direction : 1 directeur

Personnel administratif : 1 rédacteur

Personnel d'entretien : 1 ouvrier spécialiste

Personnel éducatif : 13 éducateurs.

§ 2. Le personnel doit avoir les qualifications suivantes :

Directeur : diplôme de l'enseignement universitaire ou supérieur (graduat) ou d'un enseignement y assimilé et une expérience de 3 ans minimum considérée comme utile pour cette fonction.

Rédacteur : diplôme de l'enseignement secondaire supérieur.

Ouvrier spécialiste : diplôme de l'enseignement professionnel inférieur.

Éducateurs : La moitié au moins du personnel éducatif doit être porteur du diplôme de l'enseignement supérieur pédagogique ou social de type court (graduat).

Un quart au plus du personnel éducatif peut être porteur du diplôme d'aide familiale.

Le reste du personnel éducatif doit produire un diplôme de fin d'études à orientation pédagogique ou sociale correspondant au moins à l'enseignement secondaire supérieur.

§ 3. Les aides familiales ne peuvent assurer des missions éducatives que sous les ordres d'un éducateur porteur d'un diplôme de l'enseignement supérieur pédagogique ou social de type court (graduat).

§ 4. Dans la perspective de sa mission éducative, l'institution doit affecter chaque année à la formation continue un capital horaire de 20 heures par éducateur occupé à temps plein.

Durant le premier trimestre de chaque année, l'institution introduit auprès du Ministère une liste des formations continues auxquelles ont pris part l'année précédente les travailleurs cités à l'alinéa 1^{er}.

§ 5. Le ministre peut, en cas d'urgence, octroyer une autorisation spéciale d'une durée renouvelable d'un an permettant d'engager des membres du personnel qui ne peuvent présenter les qualifications mentionnées au § 2.

Art. 6. § 1^{er}. L'institution adresse au Ministère une demande d'agrément contenant les éléments suivants :

1° l'identité du requérant;

2° l'identité et la qualification du personnel ainsi que les échelles de traitement applicables;

3° le concept pédagogique dont question à l'article 3, § 2, du présent arrêté.

§ 2. Le Gouvernement statue sur l'agrément dans les deux mois qui suivent la réception de la demande complète. Si aucune décision n'a été signifiée à l'institution dans le délai prescrit, l'institution est censée être agréée.

§ 3. La demande de prorogation de l'agrément doit être introduite au plus tôt six mois et au plus tard trois mois avant l'expiration de la validité de l'agrément. Elle contient les éléments prévus au § 1^{er} pour autant que des modifications soient intervenues.

Le Gouvernement statue sur la prorogation dans les deux mois qui suivent la réception de la demande complète. Si aucune décision n'a été signifiée à l'institution dans le délai prescrit, l'agrément est censée être prorogée pour un terme renouvelable de trois ans.

La conclusion d'un contrat de gestion vaut agrément ou prorogation de l'agrément.

CHAPITRE III. — *Subsidiation*

Art. 7. § 1^{er}. La subsidiation se compose :

- d'une subvention annuelle;

- d'un taux journalier forfaitaire par jeune placé;

- d'éventuels avantages supplémentaires fixés dans le contrat de gestion.

Les frais spéciaux sont remboursés conformément à l'article 11.

§ 2. Sans préjudice des dispositions du présent arrêté, les autres modalités de la subsidiation sont fixées dans le contrat de gestion.

Art. 8. La subvention annuelle est ramenée à 90 % des montants versés à l'institution par des pouvoirs publics ou par des institutions que ces pouvoirs subventionnent. Ces montants ne sont déduits que s'ils sont octroyés pour couvrir des dépenses prises en considération pour calculer les subsides alloués par la Communauté germanophone.

Art. 9. Pour la subsidiation, il est tenu compte d'un effectif maximal correspondant à 25 emplois à temps plein pour une capacité d'accueil de 36 unités et à 19 emplois à temps plein pour une capacité d'accueil de 27 unités.

Sur demande motivée, le Ministre peut autoriser l'institution à dépasser l'effectif maximal pris en compte pour le calcul de la subvention. La subvention annuelle fixée dans le contrat de gestion ne peut toutefois être dépassée, à moins que la capacité d'accueil de 36 unités ne soit dépassée en raison d'accueils d'urgence.

Art. 10. Si des jeunes sont refusés en faisant fi des critères d'accueil fixés dans le contrat de gestion, la subsidiation peut être réduite au prorata.

Art. 11. § 1^{er}. Les frais spéciaux exposés par l'institution pour des jeunes sont remboursés sur présentation d'une facture ou d'un autre document probant.

§ 2. Toute dépense spéciale supérieure à 25 000 BEF (617,73 €) par personne doit être autorisée au préalable par le ministre, à l'exception des dépenses encourues pour :

- des traitements dentaires entrepris dans le mois suivant un nouveau placement, avec un maximum annuel de 50 000 BEF (1 239,47 €);
- des heures de rattrapage scolaire avec un maximum annuel de 60 000 BEF (1 487,36 €);
- de la guidance ambulatoire de familles, avec un maximum annuel de 50 000 BEF (1 239,47 €), la décision de demander le remboursement de ces frais au CPAS compétent étant pesée avec la famille concernée.

L'institution supporte ces dépenses et introduit en fin d'année un décompte accompagné des justificatifs auprès du Ministère.

§ 4. A l'exception des médicaments prescrits par le médecin, les dépenses afférentes aux soins de santé non courants ne sont remboursées qu'à concurrence des montants fixés conformément aux dispositions légales et réglementaires en matière d'assurance maladie-invalidité.

A l'exception des contrôles et traitements dentaires réguliers, on entend par "soins de santé non courants" tous soins qui ne peuvent être dispensés par un médecin généraliste ou un pédiatre.

§ 5. Les frais d'hospitalisation sont remboursés à concurrence du prix de séjour en chambre commune.

Art. 12. La répétition d'un remboursement indu de frais spéciaux peut être poursuivie :

1° si une personne physique ou morale est tenue légalement, conventionnellement ou en vertu d'un jugement ayant force de chose jugée au remboursement de ces frais;

2° si les frais spéciaux exposés résultent d'une faute, d'une négligence ou d'une imprudence dans le chef d'un membre du personnel de l'institution, constatées par un jugement ayant force de chose jugée.

Art. 13. Dans des circonstances exceptionnelles et sur demande motivée de l'institution, le ministre peut rembourser des dépenses spéciales non prévues ici.

Art. 14. § 1^{er}. Au plus tard le 1^{er} juin suivant la clôture de l'exercice, l'institution doit soumettre au Ministère le décompte se rapportant à l'exercice précédent. Le calcul de la subvention annuelle effective s'opère sur base de ce décompte.

§ 2. L'institution établit chaque année le budget des dépenses et des recettes pour l'exercice suivant. Une note de politique générale y est annexée.

Ces budgets sont soumis au Ministère avant le 1^{er} novembre de l'année précédant l'exercice.

§ 3. Au besoin, des extraits des journaux relatifs à toutes sortes d'opérations effectuées dans le cadre de l'octroi de la subvention peuvent être réclamés à tout moment.

Les journaux et justificatifs originaux peuvent être vérifiés à tout moment sur place par des mandataires du Ministère ou de la Cour des Comptes.

CHAPITRE IV. — *Dispositions particulières*

Art. 15. Sans préjudice de l'application de l'article 27, § 3, du décret du 20 mars 1995 relatif à l'aide à la jeunesse et de l'application d'accords de coopération belges ou internationaux, les institutions ne peuvent, sans l'autorisation expresse du Ministre, accueillir un jeune sur décision d'une autorité dont le siège n'est pas situé en Communauté germanophone.

Art. 16. Sans préjudice d'accords de coopération belges ou internationaux contraires, les frais d'un accueil opéré sur décision d'une autorité dont le siège n'est pas situé en région de langue allemande lui sont facturés par l'institution.

Art. 17. Sans préjudice d'accords de coopération belges ou internationaux contraires, la subvention journalière allouée pour l'hébergement de jeunes au sens de l'article 1^{er} opéré en dehors de la Communauté germanophone est calculée selon le taux en vigueur pour l'institution d'accueil.

CHAPITRE V — *Dispositions transitoires, abrogatoires et finales*

Art. 18. Les qualifications des membres du personnel occupés dans les institutions concernées avant l'entrée en vigueur du présent arrêté sont considérées comme correspondant aux qualifications mentionnées à l'article 5.

Art. 19. L'arrêté du Gouvernement du 9 janvier 1998 relatif à la reconnaissance et au subventionnement de personnes morales s'offrant à assurer la guidance résidentielle et ambulatoire de jeunes est abrogé.

Art. 20. Le présent arrêté entre en vigueur le 1^{er} janvier 2001.

Art. 21. Le Ministre compétent en Matière d'Aide à la Jeunesse est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 2 mars 2001.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :

Le Ministre-Président,
Ministre de l'Emploi, de la Politique des Handicapés, des Médias et des Sports,
K.-H. LAMBERTZ

Le Ministre de la Jeunesse et de la Famille,
de la Protection des Monuments, de la Santé et des Affaires sociales,

H. NIESSEN

VERTALING

N. 2001 — 1462

[C — 2001/33035]

**2 MAART 2001. — Besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap
betreffende de erkenning en de subsidiëring van rechtspersonen die
voor de residentiële en ambulante begeleiding van jongeren zorgen**

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, gewijzigd bij de wetten van 6 juli 1990, 18 juli 1990, 5 mei 1993 en 16 juli 1993;

Gelet op de wet van 8 april 1965 betreffende de jeugdbescherming, laatst gewijzigd bij de wet van 27 april 1999;

Gelet op het decreet van 20 maart 1995 over jeugdbijstand, inzonderheid op de artikelen 32, 32*bis* en 37, gewijzigd bij het decreet van 20 mei 1997;

Gelet op het akkoord van de Minister-President, bevoegd inzake Begroting, gegeven op 11 januari 2001;

Gelet op het gunstig advies van de Inspectie van Financiën, gegeven op 23 februari 2001;

Gelet op het advies van de Raad voor jeugdbijstand;

Gelet op de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973, inzonderheid op artikel 3, § 1, gewijzigd bij de wet van 4 juli 1989;

Gelet op de dringende noodzakelijkheid;

Overwegende dat dit besluit zonder verwijl moet worden aangenomen daar het al bestaande beheerscontract op 31 december 2000 ten einde loopt en dat voorliggend besluit enkele belangrijke wijzigingen betreffende de werkwijze en de functie van de inrichtingen bevat;

Op de voordracht van de Minister bevoegd inzake Hulpverlening aan de Jeugd;

Na beraadslaging,

Besluit :

HOOFDSTUK I. — *Algemeenheden*

Artikel 1. § 1. Voorliggend besluit regelt de erkenning en de subsidiëring van de rechtspersonen, hierna inrichtingen genoemd, die zich bereid verklaren om voor de residentiële en ambulante begeleiding van jongeren te zorgen krachtens de wet van 8 april 1965 betreffende de jeugdbescherming en het decreet van 20 maart 1995 over jeugdbijstand.

§ 2. Voor de toepassing van voorliggend besluit verstaat men onder :

1° jongere : de jongere zoals bepaald in artikel 1, 1°, van het decreet van 20 maart 1995 over jeugdbijstand;

2° minister : de minister van de Duitstalige Gemeenschap bevoegd inzake hulpverlening aan de jeugd;

3° Ministerie : de afdeling van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap bevoegd inzake hulpverlening aan de jeugd;

4° beheerscontract : het contract gesloten tussen de Regering en een inrichting met toepassing van artikel 32 van het decreet.

HOOFDSTUK II. — *Erkenning*

Art. 2. Om erkend te worden, moet een inrichting aan de bepalingen van dit hoofdstuk beantwoorden.

Art. 3. § 1. De opdracht van een inrichting bestaat erin jongeren op te nemen, te observeren en op te voeden. Bovendien kan ze met de begeleiding van jongeren belast worden die in hun gezin of op zelfstandige voet echter onder toezicht leven.

De pedagogie van de inrichting moet op de ontplooiing, de autonomie en de sociale integratie van de jongeren gericht zijn.

§ 2. De inrichtingen leggen de Regering een pedagogisch concept voor dat o.a. het doel en de methode, de opnamecriteria, de infrastructuur, de bezoeksregeling, de beschrijving van de functies van het personeel en de samenwerking met andere inrichtingen op een gedetailleerde wijze vermeldt.

Art. 4. § 1. De opnamecapaciteit van een inrichting wordt als volgt berekend :

- elke jongere geplaatst met residentiële begeleiding telt voor een eenheid;

- elke ambulante begeleiding wordt berekend op basis van een in het beheerscontract vastgelegde sleutel.

§ 2. De inrichting moet over een opnamecapaciteit van ten minste 27 eenheden beschikken.

§ 3. De opname van jongeren gebeurt volgens de opnamecriteria vastgelegd in het beheerscontract.

Worden in totaal 36 eenheden bereikt, dan informeert de inrichting het Ministerie onmiddellijk ervan.

§ 4. Elke opname van een jongere moet het Ministerie binnen de vijf werkdagen medegedeeld worden.

Het einde van een opname moet aan het Ministerie binnen de drie werkdagen na het vertrek medegedeeld worden.

§ 5. De inrichting is ertoe gehouden aan de plaatsingsinstantie, jaarlijks en op haar verzoek, een bericht te laten toekomen over de ontplooiing van de jongere, zijn betrekkingen met zijn gezin alsmede een schatting van de wijze waarop de opname van de jongere zal doorgaan.

Art. 5. § 1. In jaarlijkse doorsnede belooft de minimale personeelsbezetting 22 voltijdse betrekkingen voor een opnamecapaciteit van 36 eenheden en 16 voltijdse betrekkingen voor een opnamecapaciteit van 27 eenheden. De minimale personeelsbezetting moet volgende functies omvatten :

1° Voor een opnamecapaciteit van 36 eenheden :

Leidend personeel : 1 directeur

Administratief personeel : 1 opsteller

Onderhoudspersoneel : 1 vakman

Opvoedend personeel : 19 opvoeders

2° Voor een opnamecapaciteit van 27 eenheden

Leidend personeel : 1 directeur

Administratief personeel : 1 opsteller

Onderhoudspersoneel : 1 vakman

Opvoedend personeel : 13 opvoeders

§ 2. Het personeel moet over de volgende kwalificaties beschikken :

Directeur : diploma van het universitair of van het hoger onderwijs (graduaat) of van een ermee gelijkgesteld onderwijs en een ervaring van ten minste drie jaar die voor die functie als nuttig beschouwd wordt

Opsteller : diploma van het hoger secundair onderwijs

Vakman : diploma van het lager beroepsonderwijs

Opvoeders : Ten minste de helft van het opvoedend personeel moet houder zijn van het diploma van het pedagogisch of social hoger onderwijs van het korte type (graduaat).

Ten hoogste één vierde van het opvoedend personeel mag houder zijn van het diploma van gezinshelpster.

Het overige opvoedend personeel moet houder zijn van een eindexamen van studies met een pedagogische of sociale oriëntatie dat ten minste met het hoger secundair onderwijs overeenstemt.

§ 3. De gezinshelpsters mogen opvoedende opdrachten slechts onder het gezag van een opvoeder uitvoeren die houder is van een diploma van het pedagogisch of sociaal hoger onderwijs van het korte type (graduaat).

§ 4. Met het oog op haar opvoedende opdracht moet de inrichting jaarlijks een urenpakket aan de voortdurende vorming besteden, t.w. 20 uren per opvoeder met een voltijdse betrekking.

Jaarlijks in de loop van het eerste trimester legt de inrichting een lijst aan het Ministerie voor met de voortdurende vormen die tijdens het afgelopen jaar door de werknemers bedoeld in het eerste lid gevolgd zijn.

§ 5. In spoedgevallen kan de minister een bijzondere vergunning voor een hernieuwbare termijn van één jaar toekennen met het oog op de aanwerving van personeelsleden die de kwalificaties bedoeld in § 2 niet kunnen bewijzen.

Art. 6. § 1. De inrichting zendt het Ministerie een verzoek om erkenning met volgende gegevens toe :

1° de identiteit van de aanvrager;

2° de identiteit en de kwalificatie van het personeel alsmede de toepasselijke weddeschalen;

3° het pedagogisch concept bedoeld in artikel 3, § 2, van voorliggend besluit.

§ 2. De Regering beslist over de erkenning binnen twee maanden na ontvangst van het volledige verzoek. Wordt de inrichting geen beslissing binnen de bepaalde termijn betekend, dan wordt de erkenning geacht verlengd te zijn.

§ 3. Het verzoek om verlenging van de erkenning moet ten vroegste zes maanden en ten laatste drie maanden voordat de geldigheid van de erkenning vervalft, ingediend worden. Zij bevat de in § 1 bepaalde gegevens voor zover wijzigingen hebben plaatsgevonden.

De Regering beslist over de verlenging binnen twee maanden na ontvangst van het volledige verzoek. Wordt de inrichting geen beslissing binnen de bepaalde termijn betekend, dan wordt de erkenning geacht voor een hernieuwbare termijn van drie jaar verlengd te zijn.

Het sluiten van een beheerscontract geldt als erkenning resp. verlenging van de erkenning.

HOOFDSTUK III. — *Subsidiëring*

Art. 7. § 1. De subsidiëring bestaat uit :

- een jaarlijkse toelage;

- een forfaitaire verpleegdagprijs per opgenomen jongere;

- bijkomende voordelen die desgevallend in het contract zijn vastgelegd.

De bijzondere kosten worden overeenkomstig artikel 11 terugbetaald.

§ 2. Onverminderd de bepalingen van voorliggend besluit worden de verdere subsidiëeringsmodaliteiten in een beheerscontract vastgesteld.

Art. 8. De jaarlijkse toelage wordt tot 90% van de bedragen teruggebracht die aan de inrichting door de openbare besturen of door hen gesubsidieerde instellingen worden uitgekeerd. Die bedragen worden slechts afgetrokken, als ze worden verleend om uitgaven te dekken die in aanmerking komen voor de berekening van de door de Duitstalige Gemeenschap toegekende subsidies.

Art. 9. Voor de subsidiëring wordt een maximale personeelsbezetting in aanmerking genomen, ten belope van 25 voltijdse betrekkingen voor een opnamecapaciteit van 36 eenheden en van 19 voltijdse betrekkingen voor een opnamecapaciteit van 27 eenheden.

Op gemotiveerde aanvraag mag de Regering de inrichting toelaten de maximale personeelsbezetting te overschrijden die voor de berekening van de subsidie in aanmerking wordt genomen. De in het beheerscontract vastgelegde jaarlijkse toelage mag daardoor echter niet worden overschreden, behalve als de opnamecapaciteit van 36 eenheden wegens noodopvangen is overschreden.

Art. 10. Worden jongeren geweigerd door de opnamecriteria vastgesteld in het beheerscontract te negeren, dan kan de subsidiëring naar rato verkort worden.

Art. 11. § 1. De bijzondere kosten aangegaan door de inrichting ten gunste van jongeren worden terugbetaald op voorlegging van een factuur of van een ander geldig bewijsstuk.

§ 2. Voor bijzondere uitgaven die hoger liggen dan 25 000 BEF (619,73 €) per persoon dient vooraf een machtiging van de minister te worden verleend, met uitzondering van de uitgaven voor :

- tandheelkundige behandelingen die binnen een maand volgend op een nieuwe plaatsing werden begonnen, met een maximum van 50 000 BEF (1 239,657 €) per jaar;

- inhaalcurssussen met een maximum van 60 000 BEF (1 487,36 €) per jaar;

- de ambulante begeleiding van gezinnen met een maximum van 50 000 BEF (1 239,47 €) per jaar; er wordt samen met de gezinnen overwogen of de terugbetaling van deze kosten al dan niet bij het bevoegde openbaar centrum voor maatschappelijk welzijn moet worden aangevraagd;

De inrichting draagt deze uitgaven en legt op het einde van het jaar een afrekening met de desbetreffende bewijsstukken aan het Ministerie voor.

§ 4. Met uitzondering van de door de arts voorgeschreven geneesmiddelen worden de uitgaven met betrekking tot niet gewone geneeskundige verzorging slechts ten belope van de overeenkomstig de wettelijke en reglementaire verordeningen inzake ziekte- en invaliditeitsverzekering vastgestelde bedragen terugbetaald.

Met uitzondering van de regelmatige tandheelkundige controles en behandelingen dient onder "niet gewone geneeskundige verzorging" elke behandeling te worden verstaan die niet door een algemeen geneeskundige of een kinderarts kan worden uitgevoerd.

§ 5. De ziekenhuiskosten worden door middel van een toelage terugbetaald ten belope van de prijs voor een verblijf in een gemeenschappelijke kamer.

Art. 12. De terugbetaling van bijzondere kosten kan teruggevorderd worden :

1° als een natuurlijke of rechtspersoon wettelijk, bij overeenkomst of ingevolge een in kracht van gewijsde gegaan vonnis tot terugbetaling van die kosten gehouden is;

2° als de aangegane bijzondere kosten te wijten zijn aan een fout, nalatigheid of onvoorzichtigheid van een personeelslid van de inrichting, vastgesteld bij een in kracht van gewijsde gegaan vonnis.

Art. 13. In uitzonderlijke omstandigheden en op met redenen omkleed verzoek van de inrichting kan de Minister bijzondere uitgaven terugbetalen die hier niet vermeld zijn.

Art. 14. § 1. Ten laatste op 1 juni volgend op de afsluiting van het dienstjaar moet de inrichting de afrekening m.b.t. het afgelopen dienstjaar aan het Ministerie overmaken. De werkelijke jaarlijkse toelage wordt op basis van die afrekening berekend.

§ 2. Jaarlijks legt de inrichting de uitgaven- en ontvangstenbegrotingen vast voor het volgende dienstjaar. Een algemene beleidsnota wordt bij die begrotingen gevoegd.

Deze begrotingen worden aan het Ministerie vóór de 1 november van het jaar voorgelegd dat het dienstjaar voorafgaat.

§ 3. Om uittreksels uit de boeken over elke verrichting in het kader van de toegekende toelagen kan, zo nodig, te allen tijde gevraagd worden.

Te allen tijde kunnen de gemachtigden van het Ministerie of van het Rekenhof de boeken en originele stukken tot staving ter plaatse inzien.

HOOFDSTUK IV. — *Bijzondere bepalingen*

Art. 15. Onverminderd de toepassing van artikel 27, § 3, van het decreet van 20 maart 1995 over jeugdbijstand en van binnenlandse of internationale samenwerkingsakkoorden mogen de inrichtingen, zonder de uitdrukkelijke machtiging van de Minister, geen jongere opnemen op beslissing van een overheid die haar zetel buiten het Duitse taalgebied heeft.

Art. 16. Onverminderd tegenstrijdige binnenlandse of internationale samenwerkingsakkoorden vermeldt de inrichting de opnamekosten in de rekening ten laste van de overheid met zetel buiten het Duitse taalgebied op wier beslissing de opname plaatsvindt.

Art. 17. Indien jongeren in de zin van artikel 1 buiten de Duitstalige Gemeenschap opgenomen worden, dan wordt de dagprijs - onverminderd tegenstrijdige binnenlandse of internationale samenwerkingsakkoorden - volgens de voet berekend die van toepassing is op het betrokken onthaaltehuis.

HOOFDSTUK V. — *Overgangs-, opheffings- en slotbepalingen*

Art. 18. De kwalificaties van de personeelsleden die vóór de inwerkingtreding van voorliggend besluit in de betrokken inrichtingen tewerkgesteld waren, worden gelijkgesteld met degene bedoeld in artikel 5.

Art. 19. Het besluit van de Regering van 9 januari 1998 betreffende de erkenning en de subsidiëring van rechtspersonen die zich bereid verklaren om voor de residentiële en ambulante begeleiding van jongeren te zorgen, wordt opgeheven.

Art. 20. Dit besluit treedt in werking op 1 januari 2001.

Art. 21. De Minister bevoegd inzake Hulpverlening aan de Jeugd is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 2 maart 2001.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :

De Minister-President,
Minister van Werkgelegenheid, Gehandicaptenbeleid, Media en Sport,
K.-H. LAMBERTZ

De Minister van Jeugd en Gezin, Monumentenzorg, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden,

H. NIESSEN